

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/1463

Falckstraße 9
24103 Kiel
T: 0431-33 60 75
kontakt@lag-sh.de
www.lag-sh.de
Iris Janßen,
Geschäftsführerin
Michael Saitner,
Vorsitzender

Bankverbindung:
Evangelische Bank
IBAN: DE 6552 0604 1000 0640 1805
BIC: GENODEF1EK1

Kiel, 17.Mai 2023

Stellungnahme

**Stabile und bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung sektorenübergreifend
weiterentwickeln Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 20/718**

**Patientenzentriert versorgen - Gesundheitsmodellregion einrichten –
Sektorenverbindend handeln statt reden Alternativantrag der Fraktionen von FDP, SPD
und SSW Drucksache 20/733 (neu)**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Rathje-Hoffmann,
sehr geehrte Herren und Damen Abgeordnete,

wir bedanken uns für die Möglichkeit einer schriftlichen Stellungnahme zu den oben genannten
Anträgen.

Wir möchten der Stellungnahme die Feststellung voranstellen, dass es wichtig ist und nicht
vernachlässigt oder vergessen werden darf, dass Gesundheit nicht nur durch Ärzte und
Pflegepersonal, sondern auch zu einem großen Teil durch Soziale Arbeit getragen wird. Dieser
Aspekt wird in den aktuellen Debatten und offensichtlich auch in den vorliegenden Anträgen nicht

ausreichend beachtet oder sogar komplett vernachlässigt. Bricht die Soziale Arbeit in diesem Kontext zusammen, wird es auch im präventiven und stationären Setting immer schwieriger, das Angebot einer angemessenen Versorgung – auch im präventiven Bereich – aufrecht zu erhalten.

Es muss immer darum gehen, im Rahmen von Daseinsfürsorge – und genau dazu gehört auch die Gesundheitsversorgung – jeden Menschen zu beachten und ihm Zugang zu den nötigen Einrichtungen und Versorgungsangeboten zu ermöglichen, egal wo er wohnt und in welcher Lebenssituation er sich befindet. Das schließt grundsätzlich auch immer den jeweiligen Aufenthalts- und Versichertenstatus ein. Daher muss die Gesundheitsversorgung generell niedrigschwellig, barriere- und diskriminierungsfrei sein und dem Gedanken der Inklusion entsprechen.

Die LAG-FW begrüßt grundsätzlich den Ansatz, über Sektorengrenzen hinaus zu denken, solange dieser weiträumige Blick den Menschen und seine Bedürfnisse im Zentrum sieht und nicht die wirtschaftlichen Interessen zum Fokus macht.

Aus der gemeinwohlorientierten und der dem Menschen dienenden Sicht der Wohlfahrtsverbände war es ein großer Fehler, den gesamten Bereich der Gesundheitsversorgung zu kommerzialisieren und dem Markt- und Profitdruck auszusetzen. Daseinsvorsorge und Gewinnerorientierung können kaum in einen Einklang gebracht werden, was im Kern zum Abbau von Gesundheitsleistungen, zu Einbußen von Qualität und zu ungleichen Lebensverhältnissen und damit zu nicht mehr uneingeschränkten Zugängen zur gesundheitlichen Versorgung führt. Diese Einschränkungen gelten für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein im besonderen Maße: auch im ländlichen Raum muss der Zugang zur umfänglichen Gesundheitsversorgung, ambulant wie stationär, gleichermaßen zugänglich sein wie in den Städten und Regionen mit stärkerer Infrastruktur. Sowohl im ambulanten wie stationären Setting muss das Angebot bedarfsgerecht ausgebaut werden, nicht nur im somatischen, sondern auch im psychosomatischen, psychiatrischen und psychotherapeutischen Bereich und dies sowohl für Erwachsene wie auch für Kinder & Jugendliche.

Seit etlichen Jahren ist eine Verschiebung des Leistungsgeschehens – wie im Falle ambulanter Operationen – vom stationären in den ambulanten Sektor zu beobachten. Ehemals vollstationäre Behandlungen werden zunehmend in der ambulanten Versorgung erbracht, wodurch z.B. in der ambulanten Pflege immer höhere Kompetenzanforderungen umgesetzt werden müssen. Die Gründung von MVZ kann ein geeignetes Mittel sein, um eine adäquate Versorgung, insbesondere im medizinischen Bereich, sicherzustellen. Dabei ist allerdings nicht nur auf eine sektorenübergreifende Versorgung abzustellen, sondern auch ein Angebot zu entwickeln, das über den medizinischen Behandlungsbereich auch pflegerische Bedarfe oder Nachfragen einer Sozialberatung berücksichtigen. Hierzu könnten sich im Sozialraum Angebote eignen, die an einem Standort medizinische, pflegerische, sozialberatende oder auch nachbarschaftliche Angebote zusammenführen.

Die bisherigen Regelungen im fünften Sozialgesetzbuch (§ 95 Absatz 1a) schränken den Gründerkreis von MVZ im Wesentlichen auf Vertragsärzte und zugelassene Krankenhäuser ein und ermöglichen nur in Ausnahmefällen eine Zulassung in gemeinnütziger Trägerschaft. Mit Blick auf eine Modellerprobung wäre zu prüfen, ob im Sinne einer übergreifenden medizinischen, pflegerischen und sozialen Versorgung auch die Zulassung von Trägern anerkannter Wohlfahrtsverbände vereinfacht werden kann.

Vor diesem Hintergrund fordern die freien Wohlfahrtsverbände zusammenfassend:

- eine Aufstockung der Kassensitze für Psychiatrie und Psychotherapeut*innen sowie der Kinder- und Jugendpsychiatrie/-psychotherapie
- die angemessene, bedarfsgerechte und zeitgemäße Ausstattung aller Bereiche der Gesundheitsversorgung, um hierdurch Qualität in der flächendeckenden Gesundheitsversorgung zu fördern und um die Attraktivität der Arbeitsbereiche zu erhöhen, um Fachpersonal zu gewinnen und zu binden.
- die Gemeinwohl- und Sozialraumorientierung von Gesundheitsversorgung zu beachten und auch die Angebote und Strukturen der Sozialen Arbeit im Sozialraum bei allen

Vorhaben zu berücksichtigen (z.B. Familienzentren, Frühe Hilfen, Streetwork, Sozialberatung, usw.)

- eine echte sektorenübergreifende Versorgung unter Einbeziehung der angrenzenden SGBs
- die Stärkung der Sozialdienste in den Kliniken, um ein gutes Entlassungsmanagement bzw. eine wirksame Entlassungsvorsorge sicherzustellen
- Prüfung der Gründung von MVZ in erweiterter Trägerschaft

Abschließend möchten wir an die Verantwortlichen appellieren, auch wenn es im Antrag Drs. 20/733 auf Grundlage des §90a SGB V nicht vorgesehen ist, Vertreter*innen der freien Wohlfahrt zu berufen, um den inter- und transdisziplinären Blick sowie die angestrebte ganzheitliche Perspektive zu gewährleisten.

Sollten Sie Fragen zu unserer Stellungnahme haben, rufen Sie uns gerne an.

Mit freundlichem Gruß

gez. Michael Saitner
Vorsitzender

gez. Anette Langer
Koordinatorin FA Gesundheit